

und einen Wirtschaftskrieg aufzuzwingen, dann werden wir auch in diesem Kampfe ebenbürtig bestehen. In dem Maße, wie es uns besser geht, geht es den Feinden schlechter. Die Arbeit der Unterseeboote wirkt. Die Schiffbauindustrie und auch die Kapitalmacht des kolonialen Afrikas, das sich einst als den Kaufmann der Welt, als den Weltbankier bezeichnete, wackelt. Jetzt führen sie uns gegenüber noch große Worte. Wir aber merken, wie groß ihre Not ist, wenn wir hören, wie die Engländer nach der großen Armees über Wasser rufen. Die große Armees über Wasser kann nicht schwimmen. Sie kann nicht fliegen. Sie wird nicht kommen. (Schloffer Beifall.) Wenn die Gegner dann mit Friedensvorschlägen kommen, dann wird das Friedensangebot wesentlich anders lauten als das, das sie jetzt in kühler Ueberhebung abgelehnt haben. Die Neutralen haben eine gute Illusion dafür, wohin sich die Waagschale neigt. Wir sehen, wie kräftig unsere Valuta steigt. Die deutsche Kriegsanleihe ist auch im Auslande ein vollwertiges Anlagepapier geworden. Wir brauchen nicht zu erschrecken vor der Höhe der Kriegsschuld. Die Kriegsschuld bleibt bei uns im Lande, während sie bei unseren Gegnern aus dem Lande hinausgeht.

Der Minister führte dann noch aus: Ganz selbstverständlich wird jeder preussische Finanzminister darauf bestehen, daß die Einkommen- und Vermögenssteuer den Bundesstaaten verbleibt. Unser aller herzlichster Wunsch ist, daß der Friede bald kommt. Wenn die Gegner es aber anders wollen, wenn sie wollen, daß der Krieg auch noch weit in das Jahr 1918 hinein dauert, so sollen sie wissen, daß wir auch darauf gerüstet sind. Unter Zuhilfenahme der alten soliden Finanzgebahrung werden wir über alle Schwierigkeiten der Zukunft hinwegkommen.

Das veraltete Herrenhaus und die Friedensfrage.

Graf v. Behr-Behrenhoff, Graf v. Kaiserling-Kreuzfeldt, Dr. Graf v. Wartenburg haben im Preussischen Herrenhaus folgenden Antrag eingebracht: Das Herrenhaus spricht die Überzeugung aus, daß die kaiserliche Staatsregierung auf einen Frieden hinarbeiten wird, bei dessen Abschluß die dem Deutschen Kaiser in Artikel 11 der Reichsverfassung vorbehaltenen Rechte vollgewahrt werden. Dieser Frieden muß den gebrachten Opfern, den Bedürfnissen militärischer Sicherung und den politischen und wirtschaftlichen Lebensinteressen des Vaterlandes gerecht werden.

Clemenceaus Spiel mit dem Feuer.

Zur Verhütung Caillaux.

Es ist erreicht! Joseph Caillaux ist, wie schon mitgeteilt, unter Schloß und Riegel im Gefängnis für Kranke zu Vincennes. Ministerpräsident Clemenceau hat endlich das Schriftstück gefunden, „dessen Bedeutung und Wichtigkeit“, wie die Pariser Blätter werden, „nicht geschätzt, Caillaux länger auf freiem Fuß zu lassen“. In jedem richtiggehenden französischen Sclavendruck spielt ein Schriftstück die treyebende Rolle. In der Drehfussaffäre war es das Bordereau, es war eine Fälschung. Und merkwürdig, derselbe George Clemenceau, der damals über Drehfus kurz vor dem Umkehrpunkt schrieb: „In jedem Falle ist der Hauptmann unrichtig, unter Verletzung der gesetzlichen Formen schuldig gesprochen worden“, derselbe Clemenceau hat diesmal fast allein das ganze Holz für den Scheiterhaufen zusammengetragen, auf dem die Ehre seines Todfeindes Caillaux schmoren soll. Es kommt dem blutdürstigen Diktator jetzt auf einen Justizmord mehr oder weniger nicht an. Clemenceau ist tatsächlich zum Äußersten entschlossen. Aber wie auch das Verfahren gegen den verhafteten Caillaux ausgehen mag, ob mit einer Freisprechung des Kriegesgerichts oder mit dem Knall eines Peltons Soldaten, das Spiel des Diktators erscheint zu waghalsig, um gewonnen werden zu können. Clemenceau hat zur letzten geschäftlichen Waffe gegriffen, die einen Staatsmann zu Gehörsamkeit, der einen jeden Preis einen vom Volke herbeigeschickten Frieden verhindern und so zur Fortsetzung des Krieges bis zum Äußersten zwingen will; er hat die Freunde des Friedens des Berrats am Vaterland angeklagt, um sie zu verderben und ihre Gesandtschaft irre zu machen. Das ist ein probates Mittel, besonders in Frankreich, aber es kann sich inlitten im Kriege leicht gegen den Staatsmann wenden, der es seinen häßlichen Frieden dienstbar machen möchte. Für den Augenblick ist es Clemenceau gelungen, einen schlimmen Hohn ins französische Volk zu tragen, angeht es des Feindes, der heute wieder drohender als jemals wenig mehr als hundert Kilometer von seiner Hauptstadt entfernt in Waffen steht. Die Wüste Caillaux wird auf lange Zeit hinaus Haß, Haber und Müllhaufen in Frankreich anschaen, und diese Wut kann bloßlich zur heißen vergehenden Flamme ausschlagen. Es gibt keinen Ausweg aus der finsternen Sackgasse, in welche Clemenceau sich und das französische Volk in seinem Wüthen Eifer berrannt hat.

Clemenceau zum Fall Caillaux.

Die französische Kammer ordnete am Dienstag die Interpellation des sozialistischen Abgeordneten Lafont über die Maßnahmen, welche die Regierung zu treffen gedenkt, um den Nachkriegsbedingungen in der Angelegenheit zur Untersuchung im Falle Caillaux Lichtung zu verschaffen. Lafont wies darauf hin, daß gewisse Untersuchungen in Italien nicht in Uebereinstimmung mit dem geltenden Rechte festgefunden hätten. Eine Vermählung wurde unbeschadet geschlossen, nämlich die Unmöglichkeit des Annullations. Dieser kann daraus die

Schicksal des aufgefundenen Schriftstückes bestritten. Bekanntlich ist Caillaux verhaftet worden, weil man in Florenz in Caillaux dortiger Wohnung einen Geheimvertrag mit angeblich verhafteten Akten entdeckte. (Red.)

Unterstaatssekretär Ignace erklärte, als man vor einigen Tagen von dem Vorhandensein eines dem Angeklagten gehörigen Geheimvertrages erfuhr, daß der Untersuchungsrichter die Behörden um die Ernennung eines Untersuchungsausschusses, der sich an die italienische Regierung zu wenden hätte. Von diesem Augenblick ab stand den Justizbehörden des fremden Landes die Deckung des Geheimvertrages zu. Dies geschah in aller Ordnung und auf legale Weise. Die äußerste Linie erhob Einspruch, die Mehrheit der Kammer blieb ruhig.

Clemenceau antwortete, er könne Lafont daselbe antworten, was Ignace ihm sagte, nämlich, daß die französische Justiz nur auf französischem Gebiet überwiegen sei. Clemenceau sagte weiter: Wir haben einen Ausschuss an die italienische Regierung abgeordnet. Diese ist eine ehrenhafte Regierung. Wir haben kein Vertrauen zu haben und nicht zu glauben, daß die italienische Regierung nicht nach dem Gesetz verfahren sei. Und wenn sie es täte, wären wir nicht dafür verantwortlich.

Das Geheimnis.

„Giornale d'Italia“ schreibt, das Geheimnis, welches Caillaux seit 1914 in Florenz unter dem Namen Madame Renoud besaß, ist letzte Woche geoffen worden. Es enthielt Schmuckstücken im Werte von ungefähr 1/2 Million, russische, englische und portugiesische Staatspapiere im Werte von 1/2 Million und drei politische Karten. Eine der Karten enthielt ein ausführliches politisches Programm, welches in Frankreich verwirklicht werden sollte, wenn Caillaux zum Ministerpräsidenten ernannt worden wäre. Dies Programm würde in Wirklichkeit ein Attentat gegen den Staat dargestellt haben. Es sieht die Schaffung neuer Staatsorgane vor, wobei der gesamte militärische Oberbefehl an der Front dem General Sarraill anvertraut werden sollte. Die neue Regierungsform in Frankreich wäre im wesentlichen von der gegenwärtigen verschieden gewesen, hätte den Senat mehr eingeschränkt als gegenwärtig und die Kammer noch mehr in ihren Befugnissen eingeschränkt. Der phantastische Plan Caillaux' war voll Einzelheiten über die Zusammensetzung des neuen Ministeriums, über die Militärregierung von Paris, besonders während des Regierungswechsels, und über die diplomatischen Vertreter Frankreichs im Auslande, die sämtlich gewechselt worden wären. Die Nachforschungen sind im Lauffe der Untersuchungskommission der französischen Justizbehörden allein durch die italienischen Behörden vorgenommen worden.

Gegen ein Getreidemonopol.

Wingabe des deutschen Handelstages.

In einer an den Reichstag gerichteten Eingabe weist der Deutsche Handelstag auf die erheblichen Bedenken hin, welche der Einführung eines Getreidemonopols nach dem Kriege entgegenstehen. Es wird betont, daß man bloß durch die gewaltsame Unterdrückung des nur bestehenden Handelsgewinns dem Reiche keine erheblichen Einnahmen zuführen könne, sondern ausschließlich dadurch, daß man die Preise um soviel erhöht, wie nötig ist, um eine bestimmte Summe an Einnahmen aus dem Monopol zu erzielen. Für eine solche Verteuerung des Brotes sollte aber im neuen Deutschland kein Platz sein! Auch die technischen Schwierigkeiten des Getreidegeschäfts würden nach Ansicht des Deutschen Handelstages für die Monopolverwaltung unüberwindlich sein und eine gleichmäßige Versorgung des Marktes ebenso wie eine planmäßige Vorratswirtschaft beeinträchtigen. Besonders gefährlich werden die zahlreichen ungünstigen Rückwirkungen des Getreidemonopols auf die landwirtschaftliche Erzeugung, den Getreidehandel, die Mälerei und andere Gewerbegebiete. Mit Nachdruck fordert der Deutsche Handelstag, daß diese Fragen der Preisgestaltung von Wehl und Brot nicht zum Gegenstand politischer Machtkämpfe werden und die unerschütterlichen Gegensätze zwischen Stadt und Land nach dem Kriege noch verschärft werden. Der Gedanke eines Getreidemonopols möge daher endgültig fallen gelassen und der Handel möglichst bald wieder zum Nutzen der Allgemeinheit an der Beschaffung von Broitgetreide und Wehl beteiligt werden.

Sächsischer Landtag.

Zweite Kammer.

Die Zweite Kammer trat gestern mittag in Gegenwart des Finanzministers v. Seydewitz und zahlreicher Kommissare zu ihrer 15. ordentlichen Sitzung zusammen. Auf der Tagesordnung handelte es sich um die Schlußberatung über den mündlichen Bericht des Finanzkommissions D über das königliche Dekret Nr. 7, betreffend den Haushaltsplan des Staatlichen Elektrizitätsunternehmens auf die Jahre 1918 und 1919 und die Aufnahme eines Staatsanleihe für dieses Unternehmen. Abg. Giesberg (natl.) beantragte als Vorsitzender der Deputation, die Kammer wolle beschließen: 1. zum ordentlichen Haushaltsplan des Staatlichen Elektrizitätsunternehmens auf die Jahre 1918 und 1919 nach der Vorlage a. die Einnahmen und Ausgaben mit 5.617.575 M. zu bewilligen, 2. zum außerordentlichen Haushaltsplan des Staatlichen Elektrizitätsunternehmens auf die Jahre 1918 und 1919 zusammen 4.029.150 M. zu bewilligen.

Dr. Schanz (natl.) wies darauf hin, daß er in der Vorberatung sachliche Bedenken gegen den Anlauf des Elektrizitätsunternehmens habe. Das Interesse des Staates zwinge jedoch, das Werk anzufangen. Der Preis sei angemessen und das Werk sei gut und hochmodern eingerichtet. Man könne auch mit der im Dekret angegebenen Rentabilität rechnen. Seine grundsätzlichen Bedenken seien allerdings nicht geäußert worden, da es das Verlangen des Staates, in den Kleinbetrieben der einzelnen Gemeinden einzugreifen, nicht für richtig halten könne. Es habe auch das Bedenken, daß das Postland bei der Annahme des Elektrizitätswertes genau so schlecht wegkommen werde wie in der Frage des Eisenbahnen. Jedenfalls hätte er bei der Regierung, bei der Verfassung mit Elektrizität vor allem in den Gegenden anzufangen, die notwendig seien. Insbesondere müßte durch die Errichtung eines Werkes im Wachsen für die Versorgung mit Elektrizität Sorge getragen werden. Der Kammerratsrat zum Schluß für einen großartigen Plan ein, durch den die gesamte Elektrizitätsversorgung für das ganze Königreich Sachsen durchgeführt werde. Abg. Schanz (natl.) wendet sich gegen einige Ausführungen

des Berichterstatters. Er glaube nicht, daß die Regierung die Absicht habe, ein Staatsmonopol für Elektrizität einzuführen, obgleich man nach manchen Maßnahmen darauf schließen könne. Nach seiner Meinung sei der Kaufpreis für die Elektrizitätsunternehmung zu hoch. Er seien auch zu wenig Abschlüsse vorgenommen worden. Der Kammerratsrat habe sich dann über den Uebergang aus der Kriegs- in die Friedenswirtschaft, wobei man sich vor allen überhöhten Maßnahmen hüten müsse. Dies gelte auch für das staatliche Elektrizitätsunternehmen. Abg. Schanz (natl.) äußert Bedenken gegen den Anlauf des Elektrizitätsunternehmens und wünscht eine ausführlichere Stellungnahme des Landesparlamentes. Abg. Wittig (natl.) vertritt den Standpunkt der Gemeinde. Nach einer weiteren Aussprache, in der Minister v. Seydewitz einige Bedenken des Vorredner gestreute, wurde die Vorlage angenommen.

Personalveränderungen im Ministerium des Innern.

Koscher, Dr. Dehne, Stabler.

Der langjährige verdiente Leiter der Abteilung für Ackerbau, Gewerbe und Handel im Ministerium des Innern, Excellenz Wirkl. Geh. Rat Dr. Koscher beabsichtigt, am 1. April d. J. in den Ruhestand zu treten. Zu seinem Nachfolger ist der Bevollmächtigte zum Bundesrate, Ministerialdirektor Dr. Dehne in Berlin, ausersehen. Die gleiche Ministerial-Abteilung verliert übrigens bereits am 31. Januar einen bewährten Referenten in der Person des Geh. Rat Stabler, der sich aus Gesundheitsrücksichten genötigt gesehen hat, ebenfalls um seine Veretzung in den Ruhestand nachzusuchen. Aus dem Lebensgange der drei Beamten sei dannstehende mitgeteilt:

Dr. Koscher. Am 18. Juli 1848 zu Göttingen geboren, besuchte Koscher bis 1862 das Nikolai-Gymnasium zu Leipzig und von da bis Michaelis 1866 die Fürstenschule zu Weihen. Er studierte in Göttingen und Leipzig Rechts- und Staatswissenschaften, trat beim Gerichtsamt Dösch in den Justizdienst, wurde am 1. Juli 1871 Staatsdiener, war von Februar 1872 bis März 1879 Sekretär der Handels- und Gewerbekammer Jitau, wurde aber zum 1. April 1879 als Hilfsarbeiter und Regierungsrat in das Ministerium des Innern berufen, dem er seitdem ununterbrochen angehört. Er wurde im Oktober 1900 Geheimrat und im Januar 1903 als Nachfolger des Geh. Rates Dr. Vogt Direktor der Ministerabteilung für Ackerbau, Gewerbe und Handel. Er veröffentlichte früher bedeutende rechts-, staatswissenschaftliche und volkswirtschaftliche Arbeiten, außerdem noch zahlreiche kleinere aber immer in der Wissenschaft, insbesondere Kindererziehung, sowie über Kunst. Seine Verdienste wurden an Allerhöchster Stelle durch Verleihung des Titels und Ranges eines Wirklichen Geheimen Rates mit dem Vorklasse-Ordens, sowie des Komturs 1. Klasse des Verden- und des Albrechtsordens ausgezeichnet.

Geheimer Rat Dr. Dehne wurde am 13. Januar 1878 in Dresden geboren. Von 1893 bis 1898 studierte er in Leipzig die Rechte und wurde im Jahre 1901 zum befristeten Stadtrat in Leipzig gewählt. Nachdem er dort bereits ein Jahr später als Bürgermeister an die Spitze der Stadtverwaltung getreten war, wählten ihn die städtischen Kollegien nach kurzer Amtszeit auf Lebenszeit. Von dem Abg. Dr. Dehne am 1. Juli 1908 das Amt eines befristeten Stadtrats in Dresden, das er bis zum 30. Juni 1912 bekleidete. Seit dieser Zeit war er Oberbürgermeister von Plauen: im Vogtland und Mitglied der ersten Stadtkammer. In dieser Stellung hat er insbesondere in der Kriegszeit seine starke Aulast zum Wohle des ihm anvertrauten Gemeinwesens in voller Umfange eingesetzt. Am 25. Mai 1916 erfolgte seine Berufung in den Vorstand des Kriegsengpassamtes in Berlin, und von diesem Tag an wurde er von seinen oberbürgermeisterlichen Geschäften entbunden. Bereits am 16. August desselben Jahres erfolgte seine Ernennung zum stellvertretenden Bundesratsbevollmächtigten Sachsen in Berlin. Dieser Posten trat er am 1. Oktober 1916 an.

Geh. Rat Stabler wurde am 8. Juni 1857 (als Sohn des späteren Bürgermeisters Stabler) geboren. Am 1. August 1884 trat er in den sächsischen Staatsdienst, und zwar bei der Königl. Polizeidirektion Dresden, war als Bezirksoffizier bei den Unteraufseherämtern Schwarzenberg und Plauen tätig und wurde 1892 zum Regierungsdirektor ernannt. Am 1. April 1901 in Ministerium des Innern berufen, wurde er im April 1902 zum Oberregierungsrat, am 1. April 1908 zum Geheimen Regierungsrat und Vortragenden Rat ernannt und erhielt im Mai 1916 den Titel Geh. Rat.

Kleine politische Meldungen.

Hindenburg und Ludendorff haben Berlin wieder verlassen. Die Beratungen des Hauptauschusses. Wann die politische Debatte im Hauptauschuss des Reichstages wieder aufgenommen wird, ist noch ungewiß. Vorläufig will der Hauptauschuss die Frage der Zensur ausgiebig erörtern. Unter den Abgeordneten fast aller Parteien ist die Ansicht vertreten, daß die Zensurenverhältnisse so unhaltbar geworden seien, daß endlich Wandel geschaffen werden müsse.

Eine Erklärung der Deutschen Vaterlandspartei. Der „Tagl. Rundschau“ wird zu dem Schreien, welches an zahlreiche Mitglieder der Deutschen Vaterlandspartei verfaßt worden ist und zu einem Trostschreiben von Eingaben aufforderte, mitgeteilt, daß mit diesem Schreiben der Vorstand der Deutschen Vaterlandspartei nichts zu tun hat. Es ist, wie Nachforschungen ergeben haben, ohne seine Kenntnis von jedem einzelnen Mitgliede verfaßt worden. Der Vorstand der Deutschen Vaterlandspartei mißbilligt, wie sich von selbst versteht, ein derartiges Vorgehen auf das entschiedenste.

Der Kampf um das Reichstagsmandat. Die Sozialdemokratische Partei hat für das durch den Tod des Abgeordneten Stabthagen erledigte Reichstagsmandat in dem Reichswahlkreis Niederbarnim, der die industriellen Vororte des Nordens von Berlin umfaßt, den Arbeiterführer Rudolf Wiffel aufgestellt. Wiffel, der auf dem Witzgraben-Parteiabend ein Referat über die Sozialpolitik nach dem Kriege erstattete, war ursprünglich Metallarbeiter. Gleichzeitig erfolgte in einer Kreisversammlung der „Unabhängigen“ die Auffstellung des Schriftstellers Dr. Rudolf Bretschneider, der in der tatlich verbreiteten „neubürgerlichen“ Bewegung eine Rolle spielte, sich dann der sozialdemokratischen Partei anschloß. Bei der Spaltung ging er zur äußersten Linken. Man muß somit mit einem erbitterten Wahlkampf rechnen, bei dem jede der beiden sozialistischen Gruppen alle Kraft aufbieten wird. Der frühere Mandatbesitzer Stabthagen gehörte zu der unabhängigen Richtung, die Berlin und Umgebung neben Leipzig als ihre Hochburg betrachtet. Sie wird alles daran setzen, den Kandidaten des Scheibemann-Fraktionen zu werfen. 1912 wurden für Stabthagen 22.550 Stimmen abgegeben. Die Reichspartei erzielte 20.078, die fortschrittliche Volkspartei 18.801, das Zentrum 2294, die Polen 556 Stimmen.

Umgebung des ungarischen Kabinetts. Nach Witterungsbedingungen dürfte sich in der nächsten Zeit eine Umdeutung des Kabinetts Defekts nachsehen, und zwar in der Form, daß die gesamte Regierung ein Kabinettsgeheim überreicht und der jetzige Ministerpräsident Defereit mit der Neubildung des Kabinetts betraut wird. Der Ministerpräsident dürfte vor dem König in Wien erscheinen und ihm Vorschläge unterbreiten.

Neutralitätsverklärung Finnlands. Aus Stockholm wird berichtet: Als Ministerpräsident Svinhufvud im finnischen Landtag die amtliche Festlegung vorlas, nach der Schweden, Dänemark und Deutschland zuerst Finnlands Selbstständigkeit anerkennen haben, brachte der Landtag ein dreifaches Hoch auf jene Mächte aus. Bei dieser Gelegenheit verfaßte Svinhufvud die folgende Neutralitätsverklärung Finnlands, und der Landtagspräsident Junfors teilte auch mit, daß Frankreich und seine Verbündeten, England, Italien und die Vereinigten Staaten, entschlossen seien, Finnlands Selbstständigkeit unverzüglich anzuerkennen.

Ein interessantes Bericht Salga. Ein Bericht des englischen Oberbefehlshabers Salga, der in London veröffentlicht wurde und der sich mit den militärischen Operationen an der Westfront während des Jahres 1917 beschäftigt, ergibt sich in höchst vorzüglichem Ausmaß über die Art des Zusammenarbeitens zwischen den englischen und französischen Kommandos. Salga wies aus,

das einzelne der französischen Kommandos sehen müssen und welche aus London. Der Widdrich ein Brief aus Paris vor einer Erklärung, sie wolle an Kruppen befristet wegen Gefährdung beurteilt.

Japan and langer Ruffe, der seine Ernennung panische Regierung anerkennen. In Kriegsgebäude zu v. Große Ungarnung hervorgerufen ruhigende Weinbau lenia und Barcelona (Schließlich von wurden über 80 Hänge Defekt vor zusammenföhrte zwölftausend über 1000 sächsischen Bureau werden durch die verfaßt aus, daß wird, um der Tag Wilson zum medet aus Rempo Anfrage des Senats direkten Verha abnehmen würde. Willons über die Bestirgen gegen feihsalte. Die Ku von dem Präsidenten Amerika für ans Rempor: Die angekauft.

Die Minen in Melbourn Melbourn folgende Ländige v. Aufsichtsdirektoren v. Sächsischen durch 12 Leuten der durch neutralen Schiffen

Do

Nachdruck des Reichs. Ab. ist - auch i. Klasse erblickt hier für pflichtig Jacob ist von rufung bei der Er steht seit U. gieb des hiesigen Kreuz zweifelt bei den Wätsche gewesene Vager der im Westen d. August-Weidall bis zu seiner E von Haas und Friedrich-August Burkhardt, Mitinhaber des hahn' Schneeb Sohn des Jng Roth, wohnhaft des Hfernen R August-Weidall

Sebensmittel

langen auf bei 1/2 Pfund bez. 200 Gramm G. Anschlagkäulen.

Wahn frei wehung gesperrt worden: Ed. Schleich, Zwönberg verkehr im obertag wesentlich berg-Hermann Zwönitz und in der letzten Tag so auch im Fe umfangreiche E Einbringen von den Rabel sehr bar geworden.

Für die B. zulaufen soll und Hinterblei nächst wieder Verhandlung, t. gierung und De mer stattfand, die für die H. stellt. Es hande den Feuerungs- Summen. Eine Anforderungen

Geldung Gegenwart der Badverrenten, so wärtiger Offent der Beamten des eisenbahnen im vertret mit et Eisenbahnbeamten Reichsellenbahnen Förderung der

Wahlhilfe Ständige Aussch. Sitzung vom 6. in Aufsicht gen Pferde aus t.